

„Die Regionen in einen sich verändernden Europa“

**Rede des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zum
Dresdner Gesprächskreis „Wie weiter mit Europa? – Die Sicht
der Regionen“ am 18. September 2018**

(Anrede)

Seien Sie alle herzlich willkommen zum Dresdner Gesprächskreis hier im Ständehaus. Ich bin sehr erfreut, dass unser Thema – die Regionen in Europa – auf so viel Interesse stößt. Zuletzt waren wir in Sachsen ja eher mit uns selbst beschäftigt. Heute wollen wir wieder den Blick weiten und über den Tellerrand hinausschauen. Sachsen ist schließlich eine von über 300 Regionen im vereinten Europa. Wir sind Teil von etwas Großem.

Die Europäische Union, meine Damen und Herren, sie ist vieles: Sie ist der Bruch mit der Vergangenheit und die friedliche Einigung der Völker Europas. Sie ist das erfolgreichste europäische Staatenprojekt der Geschichte. Sie ist für uns alle die einzige realistische Option, wegweisend das Weltgeschehen im 21. Jahrhundert mitzubestimmen. Und: Sie durchlebt gegenwärtig einen historischen Umbruch, sieht sich Herausforderungen gegenüber.

Das Projekt der Sicherheits- und Verteidigungsunion soll effektiv vorangetrieben werden, die Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens (Brexit) gestalten sich holprig. Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik gleicht einer Großbaustelle. Die Eurozone ist in merklichen Umbauten, die Euro-Schuldenkrise ist beruhigt, aber nicht überwunden. Vor allem aber stehen

grundlegende Reformentscheidungen über die zukünftigen Strukturen und Ziele der EU an, begleitet von den Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027 und flankiert von der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser großen Linien sind es im vereinten Europa dennoch die Mitgliedsstaaten und die Regionen, die das Gesamtkonstrukt tragen und die politische Heimat der Bürger bleiben. Der von ihnen ausgehende Pluralismus stabilisiert, wenn auf dieser Basis besonnen europäische Politik gestaltet wird.

Nation, und auch Region, sowie Integration sind in meinen Augen keine Gegensätze, sofern sie klug austariert werden. Dies bedingt jedoch vor allem eine auf europäischer Ebene weit stärker als bislang ausgeprägte Subsidiaritätskultur sowie die Achtung nationaler und regionaler Identitäten. Es setzt aber auch den seriösen Dialog zwischen Brüssel und den Regionen voraus.

Wir brauchen nicht nur ein engeres Zusammenwirken zwischen den Regionen und der EU, vielmehr brauchen wir ein stärkeres Einwirken der Regionen auf die EU. Es gilt, die Vielfalt in der Einheit zu erhalten und zu befördern. Ich bin mir sehr sicher: Das Ziel einer „immer vollkommeneren Union“ – wie Jean-Claude Juncker es vergangenen Mittwoch genannt hat – wird von den Bürgern nur dann mitgetragen, wenn sich die europäischen Institutionen auf das Wesentliche konzentrieren und in ihrem eigenen Interesse dabei dem Grundsatz der Subsidiarität folgen. Der Mehrwert einer europäischen Regelung gegenüber nationalen oder regionalen

Lösungen muss klar ersichtlich sein. Ganz nach dem Motto: „Weniger, aber effizienter.“ Es freut mich, dass dieser Grundsatz seit 2014 verstärkt Einzug in die Politik der Kommission gefunden hat.

Damit das aber auch fruchtet, müssen die Regionen und vor allem die Regionalparlamente Input nach Brüssel geben, sich aktiv einbringen und nicht duldend hinnehmen, was sie von europäischer Ebene überkommt. Die vom Kommissionspräsidenten 2017 eingesetzte Task Force für Subsidiarität forderte regelrecht eine „aktive Subsidiarität“, also eine sichtbarere und zielgerichtetere Rolle der Regionen und ihrer Gebietskörperschaften. Das sollten doch gerade die deutschen Länder aufgreifen und sich möglichst frühzeitig in die politische Entscheidungsfindung einbringen.

Die deutschen Landesparlamente, meine Damen und Herren, sind nämlich gelebte Subsidiarität. Sie wissen, was am besten vor Ort und was besser übergeordnet geregelt werden kann. Landesparlamente sind nah an den – zumeist regionalen – Problemen der Menschen. Schließlich sind die Länder die zentralen Akteure, wenn es um die Umsetzung europäischen Rechts geht. Sie sind die Seismographen, die aufzeigen, wie EU-Politik die Bürger erreicht und wie sich europäische Regelungen auf das Leben der Menschen vor Ort auswirken. Der Sächsische Landtag bringt sich deshalb aktiv in die europäische Politik ein.

Meine Damen und Herren, Sachsen liegt im Herzen Europas, in Mitteleuropa. Wir pflegen deshalb engste Beziehungen zu Polen, Tschechien, Österreich, der Slowakei und Ungarn. Hier setzen wir auf Dialog und Kooperation unter Nachbarn, unter Freunden. Und

hier haben wir es auch selbst in der Hand, die Dinge gemeinsam so zu gestalten, dass sie zu unserem Vorteil sind.

Auf europäischer Ebene läuft das freilich etwas anders. Ein Großteil der Gesetze, die wir als Landtag beschließen, ist durch europäisches Recht vorgeprägt. Umso wichtiger ist es für uns, über die Geschehnisse auf EU-Ebene frühzeitig im Bilde zu sein. Deshalb haben wir, neben unserem Mitwirken im Ausschuss der Regionen und der CALRE, im September 2016 ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel eingerichtet. Die verstärkte sächsische Repräsentanz bei der EU kann der Europafähigkeit unseres Freistaates nur gut tun.

Die deutschen Länder verfügen – im Unterschied zu vielen Regionen Europas – über Staatsqualität. Gemessen an ihrer Einwohnerzahl entsprechen viele von ihnen mittelgroßen EU-Staaten. Sie wirken folgerichtig mit Fug und Recht über den Bundesrat an der europäischen Rechtssetzung mit und nehmen ihre Interessen in Brüssel wahr.

Wir als Landesparlament nutzen ferner die Möglichkeiten, die der Lissabonner Vertrag uns bei der europäischen Politikgestaltung und Rechtssetzung bietet – als eine Art „Integrationswächter“. Das betrifft in erster Linie das Frühwarnsystem und damit verbundene Fragen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Uns geht es dabei neben Informationen über europapolitische Entwicklungen vor allem um die Wahrung landesgesetzgeberischer Interessen und Spielräume sowie um die Abwehr ungerechtfertigter Eingriffe.

Das EU-Organ, das den Regionen auf europäischer Ebene eine Stimme verleiht und das Subsidiaritätsprinzip hütet, ist der Ausschuss der Regionen (kurz: AdR). Hier können die Regionen ihre Interessen bündeln und sichtbar machen. Mehr möchte ich nicht über den Ausschuss der Regionen verraten. Vielleicht noch ein wichtiges Detail: Der Freistaat Sachsen wird im AdR von meinem Kollegen Heinz Lehmann vertreten, den ich herzlich begrüße.

Unser heutiger Vortragsredner Karl-Heinz Lambertz ist seit 2001 Mitglied und seit 2017 Präsident des Ausschusses der Regionen. Von 2011 bis 2015 war er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im AdR. Karl-Heinz Lambertz, meine Damen und Herren, hat auf mich immer großen Eindruck gemacht. Er ist ein glühender Europäer und verkörpert wie kaum ein anderer einen betont europäischen Regionalismus. Denn schließlich leben die Einwohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Osten Belgiens in einem europäischen Kerngebiet par excellence.

Seit 1981 gehört Karl-Heinz Lambertz dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens an, bekleidete zwischen 1990 und 1999 diverse Ministerämter, bevor er 1999 zum Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt wurde. Dieses Amt hatte er bis 2014 inne. Danach war er bis 2016 Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, seither ist er Senator der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Belgischen Senat.

Politisch mahnt Karl-Heinz Lambertz kontinuierlich das Subsidiaritätsprinzip an und tritt für eine ebenso starke wie

solidarische Kohäsionspolitik ein, die den EU-Regionen „einen echten europäischen Mehrwert verschafft“. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Gedanken zu unserem heutigen Thema und übergebe Ihnen das Wort, lieber Kollege Lambertz.

Vielen Dank.